

ITA

**INFO-TÜRK AJANSI
AGENCE INFO-TÜRK
INFO-TÜRK AGENTUR
INFO-TÜRK AGENCY**

BÜLTEN BULLETIN

MONATLICHES INFORMATIONSBLETT
Verleger : COODIFF - Square Ch.
M. Wiser - 13/2 - 1040 Brüssel
Tel : 0032 - 2-230 34 72 Belgien

Nachdruck von Artikeln unter
Quellenangabe INFO-TÜRK erlaubt

3. Jg. - Oktober 1979
Deutsche Ausgabe Nr.12
Preis : 1,50 DM
Jahresabonnement : 15,00 DM

NIEDERLAGE FÜR SOZIALDEMOKRATEN BEI WAHLEN - BEGINN EINER SCHWIERIGEN POLITISCHEN PHASE IN DER TÜRKEI

ANKARA (ITA) - In der September-Ausgabe des INFO-TÜRK BULLETINS hieß es auf S.2: 'Die Regierung Ecevit geht mit schlechten Voraussetzungen in diese entscheidenden Wahlen, da sie stark an Glaubwürdigkeit verloren hat. Der Hauptgrund für den Popularitätsschwund der Regierung liegt darin, daß Ecevit die beiden Hauptprobleme der Türkei - politische Gewalt und wirtschaftlicher Notstand, besonders Inflation - nicht erfolgreich bekämpfen konnte.

Diese Einschätzung bestätigte sich bei den Parlamentsnachwahlen vom 14. Oktober, die eine Niederlage der seit 21 Monaten amtierenden Regierung Ecevit wurden. Ecevit war Anfang 1978 als große Hoffnung der Massen an die Macht gekommen.

In diesem Erdrutsch nach rechts gewann die oppositionelle Gerechtigkeitspartei (AP) des Süleyman Demirel alle fünf zu besetzenden Parlamentssitze, wodurch die Oppositionsparteien insgesamt nun eine klare Mehrheit gegenüber den Anhängern Ecevits besitzen.

Von den 50 zur Wahl stehenden Senatssitzen gewann die Gerechtigkeitspartei 33, Ecevits Republikanische Volkspartei (CHP) nur zwölf. Vier Sitze gingen an die Nationale Heilspartei (MSP) des islamischen Fundamentalisten Necmettin Erbakan, und ein Sitz fiel an die Nationale Bewegungspartei (MHP) des faschistisch orientierten Ex-Oberst Alparslan Türkeş.

Die sozialistischen Parteien und Kandidaten unterstützten Wahlen Ecevits Partei nicht. Obwohl sie keinen Senatssitz erringen konnten, waren ihre Stimmengewinne beachtlich.

VERGLEICHENDE ÜBERSICHT: ERGEBNISSE AUS 29 PROVINZEN

Partei	1977		1979		Zuwachs/ Abnahme %
	Stimmen	%	Stimmen	%	
Republikanische Volkspartei (CHP)	2 724 434	40,66	1 663 973	29,26	- 11,40
Gerechtigkeitspartei (AP)	2 467 414	36,82	2 720 811	47,84	11,02
Nationale Heilspartei (MSP)	595 444	9,10	533 072	9,37	0,27
Nationale Bewegungspartei (MHP)	354 728	5,20	365 429	6,43	1,23
Sozial.Parteien u. Kandidaten	40 122	0,53	267 660	5,20	4,67

Der spektakuläre Zuwachs der Gerechtigkeitspartei ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß viele Wähler von der angeblich linken Politik der Regierung Ecevit enttäuscht waren. Hinzu kam, daß eine der Rechtsparteien, die Demokratische Partei (DP), nicht an den Wahlen teilnahm und ihre Anhänger ebenfalls die AP unterstützten.

Insgesamt zeigt die Übersicht, daß nur 34,46 % der Wähler der Republikanischen Volkspartei und anderen sozialistischen Oppositionsparteien ihre Stimme gaben, während die vier Rechtsparteien insgesamt 64 % der Stimmen auf sich vereinigen konnten.

Die Frage ist, warum nur so ein kleiner Teil enttäuschter Wähler den sozialistischen Kandidaten ihre Stimme gab, während die große Mehrheit rechts gewählt hat.

Zunächst muß festgestellt werden, daß "die Linke" für den einfachen Wähler immer noch durch die Republikanische Volkspartei repräsentiert wird. Während ihrer 21-monatigen Regierungszeit brachte ihnen diese Partei nur ein Anwachsen der politischen Gewalt und der wirtschaftlichen Probleme, was diese Wähler davon abgehalten haben mag, ihre Stimme einer anderen "linken" Partei zu geben. Hinzu kam, daß die sozialistischen Kandidaten mehr als fünf verschiedene Richtungen der Linken repräsentierten (Arbeiterpartei der Türkei, Sozialistische Arbeiterpartei der Türkei, Einheitspartei der Türkei, Partei der Sozialistischen Revolution der Türkei, unabhängige von der Kommunistischen Partei der Türkei unterstützte Kandidaten, Arbeiterpartei der Türkei und andere linke Gruppen). Diese Tatsache war sicherlich ebenfalls Anlaß, einer derart zersplitterten Linken die Stimme zu verwehren.

Ein weiterer Grund besteht darin, daß die Kriegsrechts- und Zivilbehörden während des Wahlkampfes starke Repressionen gegen sozialistische Kandidaten ausgeübt haben mit dem Versuch, sie an der Verbreitung ihrer politischen Auffassungen zu hindern. So wurden z.B. die Wahlkampfbeiträge der sozialistischen Kandidaten im Radio und Fernsehen vom Obersten Wahlausschuß zensiert. Und trotz dieser ausgeübten Zensur leiteten Zivil- und Militärstaatsanwälte in 18 Fällen nach der Wahl Verfahren gegen die Inhalte bereits zensierter Reden ein.

Ecevit trat ab - jetzt wieder Demirel

Nach seiner Wahlniederlage war Premierminister Ecevit zum Rücktritt gezwungen. Obwohl der Präsident der Republik ihn als Vorsitzenden der größten Parlamentsfraktion erneut mit der Bildung einer Regierung beauftragt hatte, lehnte Ecevit diese Aufgabe unter den gegebenen Umständen ab. Daraufhin fiel dem Vorsitzenden der Gerechtigkeitspartei Süleyman Demirel das Amt des Premierministers zu.

Aber die Mehrheitsverhältnisse im Parlament erlauben es Demirel nicht, ohne Partner zu regieren. Nach den Wahlen und weiteren Übertritten von der CHP zur AP verfügt Demirels Partei über 185 der insgesamt 447 Sitze in der Nationalversammlung. Die Sitzverteilung im einzelnen (Stand 24.10.79): Gerechtigkeitspartei 185, Nationale Heilspartei 22, Nationale Bewegungspartei 17, Demokratische Partei 1, Republikanische Vertrauenspartei 1, Ordnungspartei 1 (bis hierhin alle rechte Parteien), Republikanische Volkspartei 208, Unabhängige 12.

Obwohl es möglich wäre, eine Koalitionsregierung mit der Nationalen Heilspartei und der Nationalen Bewegungspartei zu bilden, ist Demirel nach den bitteren Erfahrungen aus den vergangenen beiden Regierungen der "Nationalen Front" äußerst vorsichtig geworden. Er setzt daher all seine Hoffnungen auf

vorgezogene allgemeine Wahlen, die seiner Partei eine sichere Mehrheit bringen sollen. Er ist sich darüber im Klaren, daß er mit der Übernahme der Regierungsverantwortung zu diesem Zeitpunkt angesichts der sozialen und wirtschaftlichen Probleme im Lande sehr schnell seinen derzeitigen Popularitätsvorsprung und seine Glaubwürdigkeit wieder verliere, was die Wähler beim regulären Wahlgang 1981 wieder ins linke Lager abwandern lassen könnte.

Aus diesen Gründen scheint es für seine Partei der vernünftigste Weg zu sein, zum jetzigen Zeitpunkt eine Übergangsregierung mit einem unabhängigen Parlamentarier an der Spitze zu unterstützen, deren Hauptaufgabe die vorzeitige Organisation von Neuwahlen wäre.

Eine solche Übergangsregierung wird auch von der Wirtschaft und amerikafreundlichen Kreisen begrüßt, weil sie ohne Rücksicht auf künftige Wahlchancen eine Reihe von einschneidenden Maßnahmen vornehmen kann: Abschluß eines Militärabkommens mit den USA, weitere Einschränkungen der bürgerlichen Freiheiten durch Verfassungsänderungen, Durchsetzung der IWF-Auflagen für zukünftige finanzielle Unterstützung, Fortführung des Kriegsrechts.

Mit oder ohne Demirel: es ist nun die Stunde der Rechten!

(C-M-DG-25/1o)

WAHLERGEBNISSE BEEINFLUSSEN INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN DER TÜRKEI

ANKARA (ITA) - Nach Meldungen der ANKA Nachrichtenagentur kann die Bildung einer neuen Regierung nach den Senatsteilwahlen vom 14. Oktober zu einer Aufhebung der Vereinbarungen zwischen der Türkei und den internationalen Finanzinstitutionen führen. Beobachter stellen fest, daß das Soforthilfeprogramm des Internationalen Währungsfonds (IWF) von der Regierung Ecevit unterzeichnet worden war, und sie meinen, daß ein Wechsel der Regierung eine Erneuerung des laufenden Abkommens nötig mache oder daß wenigstens die neue Regierung diese Abkommen bestätigen müsse. Falls dem so ist, wird es keinen einfachen Weg aus dieser Sackgasse geben.

Andererseits will der IWF im November der Türkei eine Reihe weiterer Vorschläge unterbreiten. Diese Vorschläge sollen einige sehr empfindliche Fragen, z.B. die Angleichung des Wechselkurses der türkischen Lira und eine Veränderung der Preise für die im staatlichen Wirtschaftssektor produzierten Güter und Dienstleistungen betreffen. Angesichts der Schwierigkeiten, die bei einer Regierungsneubildung auftreten werden, scheint es wahrscheinlich, daß die Verhandlungen mit dem IWF aufgeschoben werden müssen.

Ein solcher Aufschub der Gespräche wird jedoch wiederum die Beziehungen mit den OECD-Ländern und den ausländischen Banken negativ beeinflussen. Bekanntlich gelten die gegenwärtigen Abkommen mit OECD-Ländern und ausländischen Banken nur unter der Bedingung einer vorausgegangenen Einigung mit dem IWF. (Vgl. BULLETIN, April, Mai Juni, Juli/August, September 1979).

Daher kann die Unterbrechung der Beziehung mit dem IWF zu einer vollständigen Einstellung ausländischer Wirtschaftshilfe führen.

Was die Beziehungen der Türkei zur Europäischen Gemeinschaft angeht, so ließ ein Sprecher der Gemeinschaft die Tageszeitung Milliyet wissen, daß die Ergebnisse der Teilwahlen eine große Überraschung für EG-Kreise waren. Sie befürchten, daß Demirel, falls er Premierminister wird, die volle Mitgliedschaft der Türkei in der EG beantragen wird. Tatsächlich hatte Demirel während seines Wahlkampfes versprochen, einen solchen Antrag bei der EG-Kommission zu stellen. Die Regierung Ecevit hatte im Gegensatz dazu die EG gebeten, die Verpflichtungen der Türkei als assoziiertes EG-Mitglied für fünf Jahre ruhen zu lassen. Die türkische Privatwirtschaft hat seit einiger Zeit lautstark gefordert, daß anstelle eines Aussetzens der Beziehungen die Türkei sich sofort um volle Mitgliedschaft in der EG bemühen sollte. In diesem Punkt hat Demirel also die Haltung der türkischen Privatwirtschaft übernommen.

(C-DN-DG-21/1o)

POLITISCHER TERROR AN DEN WAHLURNEN

ANKARA (ITA) - Die politischen Gewalttaten nahmen im Laufe des Wahlkampfes weiter zu und forderten durchschnittlich fünf Todesopfer pro Tag. Die Gesamtzahl der Opfer aus politischen Terrorakten während der 21-monatigen Regierungszeit Ecevits beträgt 2083, davon 154 im letzten Monat. Trotz außerordentlicher Sicherheitsmaßnahmen durch 200 000 Militärpolizisten am Wahltag wurden sechs Personen an den Wahlurnen erschossen.

Nach den Morden an dem Rechtsanwalt Ceyhun Can, einem der Gründer der Arbeiterpartei der Türkei (TİP) und dem Universitätsprofessor Unsal in Adana, wurde am 28. September 1979 der Sicherheitschef dieser südtürkischen Stadt Cevat Yurdakul, 37, bekannt als demokratisch denkender Polizeichef von Adana, in seinem Wagen von Grauen Wölfen, der paramilitärischen Kommandoeinheit der neofaschistischen Partei, in der Nähe seines Hauses erschossen. Yurdakul führte gerade sehr erfolgreiche Untersuchungen über die Mordanschläge faschistischer Organisationen.

Nach diesem Mordanschlag kam es zu einer Demonstration hunderter von Polizeibeamten, die die Kriegerrechtsbehörde von Adana beschuldigten, die rechten Organisationen unterstützt zu haben und Yurdakul daran gehindert zu haben, gegen rechtsgerichtete Terroristen vorzugehen. Sie behaupteten auch, daß wegen mangelnder Wachsamkeit von Regierungsstellen einer ganzen Reihe von Faschisten die Aufnahme in die Sicherheitskräfte gelungen sei. Anstatt diese Vorwürfe genauer zu prüfen, suspendierte die Regierung die protestierenden Polizeibeamten von ihren Posten.

Während der Wahlkampagne wurde auch das Mitglied der Republikanischen Volkspartei im Provinzparlament Hüseyin Tuluk und der Kandidat der Gerechtigkeitspartei für den Senat Salim Dursunoğlu in Malatya bzw. Kars ermordet.

Im folgenden dokumentieren wir die politischen Morde des vergangenen Monats:

- 19. Sept.: der linke Student Mehmet Soylu (Kars), der linke Lehrer Fahrettin Yazıcı, der rechte Aktivist Mürsel Karataş (Istanbul), der linke Arbeiter Ali Bakırtepe (Ankara);
- 20. Sept.: der Bauer Cuma Nöyan (Kahta), das CHP-Mitglied im Provinzparlament Hasan Hüseyin Tuluk (Malatya), der Arbeiter Mustafa Yenice (Adana);
- 21. Sept.: der linke Lehrer Mustafa Celibi (Samsun), der rechte Student Orhan Barut (Istanbul), der Gefängnisinsasse Rahmi Aydın (Bursa), Zümrüt Sergil (Mugla);
- 22. Sept.: der rechte Student Celal Akpolat (Gaziantep), eine unbekannte Person (Mersin);
- 23. Sept.: der rechte Faruk Kartal (Istanbul), der rechte Lebensmittelhändler Sadık Kamiloğlu (Samsun), der rechte Student Mustafa Akkaş (Kayseri);
- 24. Sept.: der rechte Arbeiter Hidayet Yılmaz (Uşak), der linke Arbeiter Mirza Korkmaz (Malatya), der rechte Terrorist Veysel Eke (Adana), der Student Sabri Tabak (Istanbul);
- 25. Sept.: der fortschrittliche Gewerkschafter M. Ali Tütüncüler, der linke Student Derviş Çoban, die drei rechten Mustafa Gökçe, Mehmet Malkoc oğlu und Güray Kıratlı (Gaziantep), das CHP-Mitglied Süleyman Soydan, der Abiturient Ali Osman Öztürk (Adana), der rechte İbrahim Çalık (Istanbul), der Dorfvorsteher Salih Pehlivan und der linke Student Metin Canel (Akhisar);
- 26. Sept.: der Schuhmacher Ali Turgan, der rechte Politiker Faruk Kartal, der Arbeiter Mehmet Gökçe, der rechte Metzger Hasan Güler, der linke Arbeiter İsmail Cengiz, Müslim Kuş, İlhan Doğan, Mustafa Man, Hacı Aras und eine unbekannte Person (Istanbul), der rechte Lütfü Aksoy (Izmir);
- 27. Sept.: der linke Anstreicher Sedat Kuşeyri, der rechte Fotograf Yahya Kayacı, der rechte Arbeiter M. Ali Mutlu, Yusuf Vuran (Adana), der linke Apotheker Mustafa Güvenç (Gaziantep), der linke Arbeiter Erdener Beğen (Iskenderun), der rechte Beamte İsmail Mermerkaya, Mustafa Mızrakçı (Urfa), der linke Gefängnisinsasse Mehmet Tekin (Samsun), Süleyman Karakullukçu und Çemal Yeşilova (Istanbul);

- 28.Sept.: der Polizeichef Cevat Yurdakul und der Passant Ali İğneci (Adana), der Arbeiter Talip Özcelik (Ankara), Cennet Kesikbaş (Kadirli);
- 29.Sept.: CHP-Mitglied Yusuf Vural und der Besitzer des Taxis, das bei der Ermordung Yurdakul benutzt worden war Hanifi Bilir (Adana), Mehmet Demir (Urfa), der rechte Ingenieur Emin Akyüz (Istanbul), der Nachtwächter Ali Özşahin (Gaziantep), der rechte Student Ali Solkaynar (Samsun), Cemal Akbulut (Istanbul);
- 30.Sept.: der Student Ahmet Güzel (Konya), der Gendarmerist İbrahim Çağlar (Tarsus), ein unbekannter Jugendlicher (Izmir), Mehmet Şerif Ay, der Bauer Ali Akgül, der Bauer Abdullah Çamur, Hüseyin Mart (Mardin), der linke Lehrer Fehmi Yıldırım (Bursa), Ali Sadık İbrahimoğlu (Rize);
1. Okt.: der Student Yılmaz Gürve (Istanbul), der Student Necdet Ormancı und Salahattin Karic (Adana), ein unbekannter Jugendlicher (Adiyaman), der linke Zübeyir Mızrak (Urfa), Arap Taşkaya (Ankara), Müslim İnce, Mehmet İnce und Salih İnce (Birecik);
2. Okt.: der AP-Kandidat Salim Dursonoğlu (Kars), der Polizist Orhan Gemici (Izmir), İsmail Yılmaz und der linke Ömer Faruk Bayraktar (Istanbul), der linke Student Fahri Doğan (Kirsehir);
3. Okt.: der Sicherheitsbeamte Koc Ali Güzel (Adana), İhsan Erbay und der linke Mustafa Özkan (Istanbul);
4. Okt.: eine unbekannte Frau (Urfa), der rechte Friseur Bayram Bulut (Istanbul);
5. Okt.: der rechte Händler Ahmet Yolaç (Adana), der rechte Jugendliche Tahir Fidan Dik (Ankara), der Wachtmann Salahattin Alp (Manisa);
6. Okt.: der rechte Terrorist Sezai Güngör, der linke Tevrat Güler (Fatsa), der Arbeiter Mustafa Coşkun (Adana), Saadet Alparslan (Urfa);
7. Okt.: der Fahrer Tefvik Buyruk (Diyarbakir), der Förster Muzaffer Öncü, der Traktorfahrer Raşit Bölge (Fethiye), der linke Landwirtschaftsingenieur Bülent Güneş (Kirsehir);
8. Okt.: Aslan Baysal (Urfa), ein Nachtwächter (Gaziantep), der Arbeiter Necdet Cevherli (Istanbul);
9. Okt.: Cevat Şahin (Mersin), Café-Besitzer Necati Şenler (Izmir);
- 10.Okt.: die linke Remziye Dönek (Ankara), der Terrorist Mehmet Gözükara (Gaziantep), Mustafa Tonak (Adana);
- 11.Okt.: Polizeioberwachtmann Şaban Dede und der Bankangestellte İbrahim Bal (Kocaeli), der Polizist Bektas Cayci, der Falkner Metin Kiliç, der rechte Arbeiter Hasan Sarıkaya (Ankara), der rechte Jugendliche Tacettin Köşretaş, der Student Celal Demir (Istanbul);
- 12.Okt.: der linke Jugendliche Selami Er (Samsun), der rechte Jugendliche Zeki Sireli (Malatya), der linke Student Ömer Çetin und der Metzger İlhami Özyetiş (Istanbul);
- 13.Okt.: der Jugendliche Seyfullah Gül und Mehmet Sakallıoğlu (Giresun), Regierungsangestellte Nuri Yanuk (Merzifon), der Nachtwächter Hasan Demir (Trabzon), der rechte Arbeiter Mehmet Sait Durmaz (Gaziantep);
- 14.Okt.: der Dorfvorsteher Cemil Timur, sein Verwandter M.Ali Timur, der linke M.Ali Sümer und Abdurrahman Sümer, Sükrü Sümer sowie İbrahim Solmaz (Mardin), der rechte Kinyas Sarp (Van), der Polizist Ahmet Örmeci (Adana);
- 15.Okt.: der rechte Ali Özkan und Bayram Bayraktar (Istanbul);
- 16.Okt.: der Grundschüler Ergun Unal (Yozgat), der Student Mithat Yaşar, Remzi Aslangöz und Tefvik Seçilmiş (Adiyaman), ein unbekannter Jugendlicher (Ankara);
- 17.Okt.: Faris Kaya, Sadık Yıldırım, Sabiha Yıldırım, Harun Yıldırım und der Gendarmerist Hasan Bayır (Mus), der rechte Student Halit Avcı (Gaziantep);
- 18.Okt.: Bekir Ciftci, Abidin Yalçın und Halim Soluk (Kayseri), der örtliche AP-Vorsitzende Salahattin Doğru (Nusaybin), der rechte Politiker Yılmaz Taşkın (Kocaeli), der linke Hadi Soysal (Istanbul), der Arbeiter Osman Açar (Ankara).

SIEBEN POLITISCHE TERRORISTEN ZUM TODE VERURTEILT

ANKARA (ITA) - Während die politischen Gewalttaten überall in der Türkei weiter zunehmen, wurden innerhalb eines Monats sieben Terroristen von Kriegsgerichten zum Tode verurteilt.

Am 2. Oktober 1979 wurden Necdet Adali und Kemal Ergin, Mitglieder der extrem links orientierten Jugendorganisation "Dev-Sol", vom Kriegsgerichtshof in Ankara zum Tode verurteilt, weil sie im Juli 1977 ein Café in Ankara überfallen und dabei drei rechtsgerichtete Personen erschossen hatten.

Am 12. Oktober 1979 wurden Eyup Özmen, Fikri Arıkan und Kemal Özdemir, alles Mitglieder der Grauen Wölfe, vom Kriegsgerichtshof in Ankara zum Tode verurteilt, weil sie im Oktober 1978 drei linksgerichtete Jugendliche in Ankara überfallen hatten. Sie hatten ihre Opfer mit den Revolverkolben zusammenschlagen, sie in Kartoffelsäcke gesteckt und in ein Dorf in der Nähe von Ankara gebracht, wo sie sie erschossen hatten. Einer der Mörder, Kemal Özdemir, wird noch gesucht.

Am 13. Oktober 1979 wurden vor dem gleichen Gericht İsa Armagan und Mustafa Pehlivanoglu zum Tode verurteilt. Diese beiden Mitglieder der Grauen Wölfe hatten fünf progressive Personen am 28. Juli 1979 bei einem Überfall auf vier Cafés erschossen.

Es sind immer noch hunderte von Verdächtigen und Angeklagten vor Militärgerichten, denen auf Antrag des Militärstaatsanwalts die Todesstrafe droht. Der Ex-Oberst Alparslan Türkeş, Vorsitzender der neofaschistischen MHP, hat während seines Wahlkampfes eine Generalamnestie für den Fall angekündigt, daß eine rechte Mehrheitsregierung an die Macht komme. (C-M-DN-H-DG-15/10)

CGT-DELEGATION BESUCHTE TÜRKIE

ISTANBUL (ITA) - Mitglieder des Vorstand der französischen Gewerkschaft CGT besuchten als Gäste der Konföderation Progressiver Gewerkschaften der Türkei (DISK) die Türkei. Die französischen und türkischen Gewerkschaftsführer vereinbarten eine breitere Kooperation und einen gemeinsamen Kampf gegen die feindliche Haltung der französischen Regierung gegenüber ausländischen Arbeitnehmern. (DN-C-21/10)

EIN APPELL FÜR DIE FREILASSUNG DES SOZIOLOGEN BEŞİKCI

ISTANBUL (ITA) - Der prominente türkische Soziologe İsmail Beşikci befindet sich wegen seiner wissenschaftlichen Arbeiten über die Nationalitätenfrage immer noch im Gefängnis. (Vgl. BULLETIN, September 1979) Er war nach Erscheinen seines Buches "Thesen zur türkischen Geschichte" (Die Theorie von Sonne und Sprache) vom Pressegerichtshof in Istanbul zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden und dieses Urteil war in der Berufung bestätigt worden; dieser Umstand selbst ist bereits ein Zeichen der Unterdrückung der kurdischen Nation in der Türkei.

Beşikcis Buch beschäftigt sich hauptsächlich mit der Theorie der Sonne und Sprache, die in den dreißiger Jahren von türkischen Wissenschaftlern unter Führung und Beteiligung von Mustafa Kemal Atatürk, des damaligen Präsidenten der Republik, entwickelt worden war. Diese Theorie besagt: "Die Hetiter, Sumerer, Ägypter, Ägäer, Römer, Inder und Chinesen sind alle aus der türkischen Rasse hervorgegangen. Ihre Kultur und Sprache wurde von Türken geschaffen. Auch die Araber und das jüdische Volk stammen aus der türkischen Rasse. Selbst der Prophet Mohamet war Türke. ... Alle Sprachen der Welt haben ihren Ursprung in der türkischen Sprache; Türkisch ist die Mutter aller Sprachen. Es gibt keine kurdische Sprache; Kurdisch ist nur ein degenerierter Dialekt der türkischen Sprache. Die kurdische Nation ist nicht anderes als Türken, die in den Bergen leben."

İsmail Beşikci, dessen Wissensgebiet die Bildung und Entwicklung dieser offiziellen Ideologie des Kemalismus ist, diskutiert in seinem Buch den unwissenschaftlichen, rassistisch-chauvinistischen Charakter dieser Ideologie, und er veröffentlicht darin politische Dokumente, die zeigen, wie den Kurden ihre nationale Eigenständigkeit und grundlegende demokratische Rechte verwehrt werden, wie die Kurden unterdrückt werden.

Während der Gerichtsverhandlung erklärte Beşikci vor dem Pressegerichtshof in Istanbul: "Dieses Gericht arbeitet genau wie das Militär, die Polizei und die staatlichen Geheimdienste. Das Gericht versucht, die Realität der kurdischen Nation, die ein objektives Faktum, unabhängig vom Willen einzelner Personen oder Institutionen ist, zu widerlegen, es versucht die Vorherrschaft der offiziellen Ideologie, die auf Fälschungen basiert, zu zementieren. Die türkischen Universitäten werden durch die offizielle Ideologie verklärt, weichen von der wissenschaftlichen Wahrheit ab, wenn sie die Realität einer kurdischen Nation leugnen. Dieses Gericht versucht mit der Androhung von Strafen die Kritik von Professoren zu unterdrücken.

Dieses Gericht will uns daran hindern, die Wahrheit zu sagen. Es errichtet Schranken der freien Meinungsäußerung und verlangt, daß wir unsere Augen vor der sozialen Realität verschließen und politische Scharlatane werden. Es verteidigt den Rassismus und die kolonialistische Politik und versucht, den Kampf gegen eine solche Politik zu verhindern oder zu unterdrücken. Man kann diese Institution nicht ein Gericht nennen, wenn es Lügen ohne weiteres akzeptiert und uns zu Falschaussagen ermutigt."

Obwohl Beşikci die demokratischen Rechte der kurdischen Nation in der Türkei verteidigt, ist er selbst kein Kurde. Er wurde 1939 in Çorum geboren. Während seines Militärdienstes in einer kurdischen Region erwachte sein Interesse an der kurdischen Nation; später schrieb er sein erstes Buch: "Die Struktur von Ostanatolien - sozioökonomische Grundlagen", in dem er seine an der Erzurum Atatürk Universität geschriebene Doktorarbeit verarbeitete. Nach Erscheines des Buches verlor er seine Assistentenstelle.

Kurz nach Beginn seiner akademischen Arbeit im Fachbereich Politikwissenschaft der Universität Ankara im Jahre 1971 wurde Beşikci von den Kriegsrechtsbehörden zu 13 Jahren und zwei Tagen Gefängnis verurteilt. Der Grund waren seine Artikel und Vorlesungen zur Nationalitätenfrage. Infolge der Generalamnestie von 1974 kam er wieder frei und er versuchte, seine akademische Arbeit fortzusetzen, doch im Gegensatz zu anderen Fachbereichsmitgliedern, die in ähnlicher Situation wieder Einstellung fanden, wurde Beşikcis Antrag aus politischen Gründen abgelehnt.

Anläßlich seiner erneuten Verurteilung haben seine Freunde folgenden Aufruf veröffentlicht:

"Ein Wissenschaftler, dessen einzige Straftat darin besteht, die Wahrheit zu suchen, die Wahrheit zu erklären, befindet sich in einem türkischen Gefängnis. Die türkische Presse schweigt. Die türkischen Universitäten schweigen. Türkische Arbeiter, Verteidiger von Freiheit und Demokratie, Sozialisten, erhebt jetzt Eure Stimme! Wer für Freiheit eintritt, der erhebe seine Stimme! Solidarisiert Euch für die Befreiung von Besikci, einem intellektuellen Arbeiter im Gefängnis. Wer jetzt schweigt, wird Komplize." (R-DG-22/10)

DREHARBEITEN ZU 'MEHMET, MEIN FALKE' VERBOTEN

ANKARA (ITA) - Während der letzten Tage der Regierung Ecevit hat der Zensurrat die Dreharbeiten für die Verfilmung des berühmten Romans des türkischen Schriftstellers Yaşar Kemal "Mehmet, mein Falke" verboten. Das Drehbuch war von dem berühmten Filmschauspieler und Regisseur Peter Ustinov geschrieben. Man hatte beim Zensurrat um Erlaubnis für Dreharbeiten in der Türkei gebeten.

Die Begründung für das Verbot der Dreharbeiten lautete, daß der Film das türkische Volk zu einem Aufstand verleiten könne. "Mehmet, der Falke" ist die Geschichte eines türkischen Bauern, der von den Landbesitzern ausgebeutet und unterdrückt wurde und daher zum Kriminellen wurde.

Nach dieser Entscheidung des Zensurrats, die auf großes Unverständnis in der Öffentlichkeit stieß, mußte die Regierung einige Mitglieder dieses Rates suspendieren, damit dieses Urteil überprüft werden konnte. (M-C-DG-29/9)

TÜRKISCHE PRESSEVERBÄNDE PROTESTIEREN GEGEN DRUCK AUF ZEITUNGEN

ANKARA (ITA) - Nach dem Verbot einiger Tageszeitungen und Zeitschriften durch die Kriegsrechtsbehörden (vgl. BULLETIN, Januar und Februar 1979), wurde am 27. September 1979 eine weitere Zeitung, Dogus, in der Provinz Kars durch Beschluß des Kriegsrechtskommandos verboten. Der Zeitung wurde vorgeworfen, die Entscheidungen der Militärgerichte kritisiert zu haben.

Die Gewerkschaft der Journalisten, der Verband der Zeitungsherausgeber und der Verband türkischer Journalisten haben dieses Verbot in einer gemeinsamen Erklärung scharf verurteilt. Sie protestierten darin gegen die Willkürpraktiken der Militärbehörden, die die Freiheit der Presse beeinträchtigen.
(HM-DG-29/9)

MASSENVERHAFTUNG FORTSCHRITTLICHER LEHRER

BURSA (ITA) - Eine von dem Verband aller Lehrer der Türkei (~~TÜB~~-DER) organisierte Demonstration, auf der gegen die faschistischen Übergriffe und die inflationäre Politik protestiert wurde, ist von der Polizei gewaltsam aufgelöst worden.

Im Anschluß daran sind 302 progressive Lehrer, darunter Gültekin Gazioglu, der Präsident des Verbandes, von der Polizei festgenommen worden. Während der Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizei sind 15 Lehrer und fünf Polizisten verwundet worden.

Während des Wahlkampfes kam es noch zu weiteren Verhaftungen durch die Polizei: der Rechtsanwalt Niyazi Agirnasli, ein unabhängiger Senatskandidat, wie auch Dogu Perincek, Präsident der Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei, und Ferit Ilsever, Vorsitzender der gleichen Partei in Ankara, wurden von der Polizei festgenommen.
(C-M-DN-DG-20/10)

ARTIKEL 141 UND 142 DES TÜRKISCHEN STRAFRECHTS VOR DEM VERFASSUNGSGERICHT

ANKARA (ITA) - Seit dem 2. Oktober 1979 beschäftigt sich der Oberste Verfassungsgerichtshof mit den undemokratischen Artikeln 141 und 142 des türkischen Strafrechts. Diese im Jahre 1936 von Mussolinischen Strafrecht übernommenen Artikel sind von den politisch Mächtigen immer wieder benutzt worden, um die Arbeiterbewegung einzuschüchtern und sie daran zu hindern, sich auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus zu organisieren.

Das Kriegsrechtsgericht von Istanbul und das Strafgericht von Izmir hatten diese Artikel als nicht verfassungskonform bezeichnet und sich deswegen an das Oberste Verfassungsgericht gewendet. Darüber hinaus gibt es noch Anträge von weiteren Militärgerichten, in denen eine Abschaffung dieser Artikel gefordert wird. (Vgl. BULLETIN, Februar und April 1979)

Vor dem gleichen Verfassungsgericht wird in Kürze über einen Fall gegen die Arbeiterpartei der Türkei (TEP) verhandelt werden. Der oberste Staatsanwalt beschuldigte diese Partei, die Artikel 141 und 142 verletzt zu haben und beantragte das Verbot der Partei aus diesem Grunde. Die Verhandlung wird am 15. November 1979 sein.
(C-DN-M-9/10)

ARAFAT ZU ECEVIT: 'ZIEHT EUCH AUS ZYPERN ZURÜCK'

ANKARA (ITA) - Der Chef der Palästinensischen Befreiungsorganisation Yassir Arafat besuchte am 5. Oktober 1979 die Türkei und nahm an der feierlichen Eröffnung der PLO-Vertretung in Ankara teil.

Nach Berichten der englischsprachigen Zeitschrift "Cyprus Weekly" hat Arafat während seiner Gespräche mit dem türkischen Premierminister Ecevit gesagt, die Türkei solle sich aus Zypern zurückziehen und die zyprischen Flüchtlinge in ihre Heimatorte zurückkehren lassen. Nach Informationen aus diplomatischen Kreisen soll Ecevit über diese Auffassung Arafats äußerst erbost gewesen sein.

Diese Meldung bedeutet einen neuen Schlag gegen die türkische Zypern-Politik nach der Resolution auf der Gipfelkonferenz der blockfreien Staaten in Havanna.

Weil sich die türkisch-zyprischen Führer auf internationaler Ebene zusehends isoliert haben, suchen sie nun durch gelenkte Kundgebungen und Massenveranstaltungen, die Proklamation eines unabhängigen türkischen Staates auf Zypern zu erreichen. Diese neue politische Orientierung der Regierung Denktas wird jedoch von progressiven türkischen Parteien im nördlichen Teil der Insel stark kritisiert. Die Republikanische Türkische Partei hat Denktas vorgeworfen, die Verfassung des türkischen Bundesstaates auf Zypern verletzt zu haben.

Nach Berichten einer türkischen Tageszeitung in Istanbul nimmt die Zahl der vom türkischen Festland kommenden Siedler in den besetzten Teilen Zyperns

ständig zu. Das Gebiet um Varosha wird nun hauptsächlich von Menschen aus den türkischen Städten Mersin und Antalya bewohnt. Die Zeitung schätzt, daß die Zahl der Türken vom Festland, die sich in dem von der Türkei besetzten Teil Zyperns niedergelassen haben, bereits 50 000 übersteigt.

Die Türkei versucht nicht nur, die Sozialstruktur Zyperns durch die Ansiedlung türkischer Festländer zu verändern, sondern auch das Wirtschaftsleben dieser Gebiete stärker an die Türkei anzubinden, z.B. durch die Verdrängung des zypriotischen Pfundes durch die türkische Lira. Die türkische Lira wird auf Zypern ständig abgewertet. Dies hat gravierende Auswirkungen für die Bevölkerung, besonders für die Arbeiterklasse.

Eine weitere negative Auswirkung dieser Siedlungspolitik ist die Tatsache, daß zahlreiche Graue Wölfe, die para-militärischen Kommandos der türkischen neofaschistischen Partei, auf die Insel gekommen sind, mit dem Ziel, fortschrittliche Türken, die sich gegen die expansionistische Politik auf Zypern aussprechen, einzuschüchtern. (Vgl. BULLETIN, September 1979)

(DN-C-CB-DG-20/10)

TERROR GEGEN TÜRKISCHE AUSLANDSVERTRETUNGEN

ANKARA (ITA) - Am 12. Oktober 1979 wurde in Den Haag der Sohn des türkischen Botschafters in den Niederlanden von unbekanntem Tätern auf seiner Fahrt zur Universität von Delft erschossen. Ahmet Benler, 28, war dort Doktorant im Studienfach Elektronik. Er war niemals politisch aktiv und es gab keinen Grund, wieso er Opfer eines politischen Mordes werden sollte.

Später wurde in einem anonymen Telefonanruf mitgeteilt, der Mord sei der Vergeltungsschlag einer armenischen Organisation gewesen.

Seit 1973 sind sechs türkische Diplomaten ermordet worden, und für viele dieser Morde haben armenische Gruppen die Verantwortung übernommen. Obwohl in fortschrittlichen türkischen Kreisen zugegeben wird, daß während des Osmanischen Reiches an der armenischen Bevölkerung in Anatolien ein Völkermord verübt worden war, den die damaligen Herrscher und imperialistische Kräfte, die blutige Konflikte zwischen den Völkern provozierten, zu verantworten haben, so verurteilen die gleichen fortschrittlichen Kreise jedoch aufs Schärfste den Mord an unschuldigen Menschen, der aus Rache für Gewalttaten verübt wird, die diese nicht zu verantworten haben.

Andererseits benutzen faschistische Organisationen und Publikationen in der Türkei diese Racheakte, um rassistische Ressentiments im einfachen Volk zu wecken und sie zu einer feindlichen Haltung gegenüber anderen Nationalitäten und Minderheiten in der Türkei, wie z.B. die Kurden oder Griechen, anzustacheln. Die türkischen Regierungen finden dadurch einen neuen Vorwand, mit dem sie die türkische Bevölkerung von der Notwendigkeit ihrer militaristischen Politik überzeugen können, indem sie behaupten, daß die türkische Nation von allen anderen Nationen bedroht werde.

(DN-C-M-H-DG-29/9)

TÜRKISCHE BERGLEUTE IN BELGIEN: ERBÄRMLICHE ZUSTÄNDE

BRÜSSEL (ITA) - Die türkischen Arbeiter in den Bergwerken der Region Limbourg beteiligten Anfang Oktober 1979 zusammen mit Kollegen anderer Nationalitäten an einem Streik; rassistische Kreise in Belgien nahmen sich daraufhin die Türken aufs Korn und warfen ihnen vor, verantwortungslos gehandelt zu haben. Während alle Bergleute in diesem Gebiet berechtigten Anspruch auf höhere Löhne besaßen, hatten die türkischen Arbeiter zusätzlich noch einige nur ihre Gruppe betreffende Forderungen.

Das Kulturzentrum der Arbeiter aus der Türkei in Belgien (TİKM) hielt anläßlich dieser rassistischen Angriffe auf die türkischen Bergleute am 10. Oktober 1979 in Brüssel eine Pressekonferenz ab, auf der es die erbärmlichen Bedingungen schilderte und verurteilte, unter denen türkische Arbeiter in Belgien zu leiden haben.

An erster Stelle stand dabei der Menschenhandel zwischen der Türkei und Belgien, der von den Bergwerksbetrieben organisiert und von belgischen und türkischen Behörden toleriert wird.

Die Übersetzer, deren Aufgabe es ist, Verständigung zwischen Türken und Bergwerksgesellschaften herzustellen, erhalten von türkischen Arbeitern

bis zu 50 000 belgische Franc Schmiergeld, um in den Bergwerken einen Arbeitsplatz zu finden. Wenn ein Arbeiter eine solche Zahlung verweigert, hat der Übersetzer dank seiner engen Zusammenarbeit mit Beamten des Ausländeramtes die Möglichkeit, ihn aus Belgien ausweisen zu lassen. Bereits im Dezember 1978 hat das TIKM eine Beschwerde gegen einen solchen Übersetzer an den königlichen Staatsanwalt gerichtet, die bis jetzt jedoch ohne Ergebnis geblieben ist (vgl. BULLETIN, Januar 1979).

Mit Unterstützung belgischer und türkischer Behörden hatte der besagte Übersetzer Geld bei türkischen Arbeitern unter dem Vorwand gesammelt, davon in der Stadt Winterslag eine Moschee zu errichten; in Wirklichkeit wurde das Geld für die Organisation der Grauen Wölfe, der paramilitärischen Kommandoeinheit der türkischen Faschisten benutzt.

Mit dem Streik wollten die Arbeiter aus der Türkei ihre Forderungen zu Gehör bringen:

- Schluß mit der Diskriminierung und Gleichheit für alle Bergleute;
- Schluß mit dem Menschenhandel und Bestrafung aller Verantwortlichen;
- Schluß mit der Ausnutzung durch Übersetzer der Bergwerke;
- Schluß mit den Willkürakten der Polizei;
- Schluß mit willkürlichen Entlassungen;
- Bessere Arbeits- und Lebensbedingungen;
- Entlassung der Gewerkschaftsvertreter, die mit den korrupten Übersetzern und den Grauen Wölfen zusammenarbeiten.

Auf Verlangen der Arbeitgeber haben die belgischen Ordnungskräfte im Streikgebiet eine Razzia mit Panzerwagen, Schlagstöcken und Gasbomben durchgeführt, wobei nicht nur türkische Bergleute, sondern auch deren Frauen und Kinder in ihren Wohnungen angegriffen worden sind. Was die Gewerkschaften angeht, in denen die große Mehrheit der türkischen Bergleute organisiert ist, so zogen diese es vor, die Forderungen der Streikenden nicht zur Kenntnis zu nehmen und ihnen Hilfe und Unterstützung zu verwehren.

Türkischem Bergmann mit neun Kindern droht Ausweisung

Als Beispiel für die Praktiken des Ausländeramtes gegenüber ausländischen Arbeitnehmern wurde während der Pressekonferenz der Fall des türkischen Bergmann Mehmet Can vor den Vertretern der Massenmedien von seinem Anwalt geschildert.

Mehmet Can, 43, verheiratet und Vater von neun Kindern, hat seit vielen Jahren in den Bergwerken der Region Limbourg gearbeitet, bis 1974 illegal, danach mit Aufenthaltsgenehmigung dank der allgemeinen Legalisierung nicht gemeldeter Arbeiter in jenem Jahr. Infolge der erbärmlichen Arbeitsbedingungen wurde Mehmet Can am 12. Mai 1975 krank, und er erhielt die Erlaubnis für einen begrenzten Gesungsaufenthalt in der Türkei. Als er nach Belgien zurückkam, erfuhr er, daß der Bergwerksübersetzer zusammen mit einem Polizeibeamten seine polizeiliche Meldung beim Einwohnermeldeamt gelöscht hatte. Der Übersetzer bot ihm an, daß gegen die Zahlung von 5 000 belgischen Franc seine Meldung erneuert werden könnte. Da Mehmet Can dieses Bestechungsgeld nicht zahlen konnte, erhielt er vom Ausländeramt die Aufforderung, Belgien zu verlassen. Sein Einspruch wurde vom belgischen Justizministerium mit der Begründung zurückgewiesen, er habe keine ausreichenden Finanzmittel und sein Verbleib in Belgien bedrohe die öffentliche Ordnung.

Inzwischen hat Cans Rechtsanwalt den Staatsrat angerufen, diese Maßnahme zu annullieren, aber bis zum Tage der Pressekonferenz hat der Oberste Gerichtshof noch keine Entscheidung getroffen. Das TIKM rief alle demokratischen Organisationen und Personen auf, ihre Solidarität mit Mehmet Can und seinen neun Kindern zu bekunden, die ausgerechnet im internationalen Jahr des Kindes ein Opfer staatlicher Willkür zu werden drohen.

(TIKM-DR-LC-DG-11/10)